



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/235 - 10.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Adenauers überholter Terminkalender	S. 1
Ausblick auf Mailand	S. 3
Zu einer Schumacher-Biographie	S. 5
SPD-Stellungnahmen zum BDJ-Skandal	S. 6-7

Kein vernünftiger Grund für überstürzte Ratifizierung

Von Willy Brandt, M.d.B.

Den Ratifizierungs-Fanatikern wird eine neue Enttäuschung nicht erspart bleiben: Es ist völlig ausgeschlossen, daß die zweite und dritte Beratung noch Ende dieses Monats im Bundestag erfolgen können.

So hatte es der Bundeskanzler den Vorständen der Regierungsparteien aufgetragen. Ursprünglich hatte er die Westverträge noch vor den Sommerferien unter Dach und Fach bringen wollen. Der eine wie der andere Zeitplan nahm keinerlei Rücksicht auf die Notwendigkeit einer ernsthaften und sauberen Prüfung der Vertragstexte in den parlamentarischen Ausschüssen.

Staatspolitische Vernunft sollte auch diejenigen, die im übrigen nicht den Argumenten der Opposition folgen, veranlassen, das Gutachten des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten. Im "Bulletin" der Regierung ist demgegenüber die Auffassung vertreten worden, daß es geradezu gefährlich sei, auf das Gutachten aus Karlsruhe zu warten. Ein Beweis für diese leichtfertige Behauptung wurde nicht angetreten.

Stattdessen hat ein Regierungsjournalist im "Bulletin" nachzuweisen versucht, es komme nicht nur darauf an, daß die Verträge überhaupt, "sondern daß sie schnell ratifiziert werden". Erstens könnten die einzelnen Bestandteile durch die Aufnahme

neuer Verhandlungen doch nicht mehr geändert werden. Zweitens eile es "im Hinblick auf die Konsolidierung der europäischen Verhältnisse" und "auch im Hinblick auf eine Veränderung der Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und dem Westen". Schließlich müsse es verständlich genannt werden, daß die anderen europäischen Staaten in der Frage der Ratifizierung Deutschland den Vorzug lassen.

Es fehlt eigentlich nur noch die Behauptung, daß die Bundesrepublik, was den zeitlichen Ablauf der Dinge angeht, nicht nur gleichberechtigt, sondern sogar bevorzugt behandelt wird. In Wirklichkeit ist es doch völlig wirklichkeitsfremd, die Frage der Westverträge von der konkreten außenpolitischen Lage trennen zu wollen. Man mag über die Ausgangspunkte, von denen aus Dr. Adenauer in die Verhandlungen eingetreten ist, meinen, was man will: Heute haben wir es jedenfalls mit einer Reihe neuer Faktoren in der Außenpolitik zu tun.

Neu ist beispielsweise die Überprüfung der atlantischen Politik, über die seit dem Sommer nicht nur in den europäischen Kabinetten, sondern auch in Amerika beraten wird. Der Verlauf des Wahlkampfes in den USA läßt darauf schließen, daß nach den Präsidentenwahlen gewisse Aspekte der amerikanischen Außenpolitik neu zur Erörterung stehen können. Die Vorgänge auf dem Moskauer Parteikongreß und ihre Auswirkungen auf die Sowjetzone bedürfen eines gewissenhaften Studiums. Unklarer denn je ist schließlich der künftige Kurs der französischen Politik, was sich auch an der jetzt entstandenen offenen Kontroverse mit der Regierung in Washington erkennen läßt.

In einer solchen Situation weiß man uns nichts Besseres zu empfehlen, als stur an den Texten der Westverträge festzuhalten, gegen die die Opposition, unabhängig von den Veränderungen der außenpolitischen Lage, schwerwiegende Argumente ins Feld geführt hat. In manchen Kreisen meint man, eine überstürzte deutsche Ratifizierung sollte die Stellung Schumans festigen helfen und Eisenhower eine kleine Wahlhilfe gewähren. Aber solche Erwägungen können doch wohl unmöglich maßgebend sein, wenn es sich um die ernsteste Entscheidung handelt, die in Deutschland seit 1945 zu treffen war? Jedenfalls spricht kein vernünftiger Grund dafür, daß der Bundestag unter Zeitdruck entscheiden sollte!

Wachsende Stärke der sozialistischen Internationale

H.F. Zu dem bevorstehenden 2. Kongreß der Sozialistischen Internationale, der vom 17.-21. Oktober in Mailand stattfindet, hat Julius Braunthal, als Sekretär der Internationale, einen umfangreichen Rechenschaftsbericht des letzten Jahres vorgelegt.

Der Bericht gibt ein eindrucksvolles Bild von der wachsenden Stärke der Sozialistischen Internationale, die heute 36 Parteien, mit einer Mitgliedschaft von fast zehn Millionen und einer Wählerschaft von über 62 Millionen umfaßt. Stichtag für diese Zahlen war der 1. August 1952. Hinzugerechnet werden können die Mitglieder der Sozialistischen Jugendinternationale, die etwa eine halbe Million junge Menschen zählt.

Seit dem Frankfurter Kongreß, vor einem Jahr, sind auch die Labour Party Neuseelands und die Volkspartei von Jamaica hinzugekommen, während die Pan-Malayische Labour Party und die Sozialistische Partei von Chile noch auf eine formelle Bestätigung ihres Aufnahmeantrags warten. In den freien Ländern Europas gehören alle sozialistischen Parteien der Internationale an und unter ihnen sind neun Parteien, die bei den letzten Wahlen als die stärksten in ihrem Lande hervorgingen. In Belgien, Deutschland, Luxemburg und an der Saar repräsentieren die sozialdemokratischen Parteien mehr als ein Drittel der gesamten abgegebenen Stimmen, in Österreich, Großbritannien, Dänemark, Jamaica, Neuseeland, Norwegen, Schweden und Israel sind es mehr als Zweifünftel aller Stimmen.

Unter den 36 angeschlossenen Parteien befinden sich sechs Exilparteien und sieben andere sozialistische Exilparteien, die, obwohl nicht formell angeschlossen, von der Internationale als echte sozialistische Parteien anerkannt werden. Darüber hinaus unterhält das Sekretariat engen Kontakt mit 35 sozialistischen Parteien und Arbeitsorganisationen in allen Ländern der Welt, die noch nicht der Internationale angeschlossen sind.

Bis jetzt sind nur drei sozialistische Parteien Asiens in der Internationale: Die beiden Flügel der Sozialdemokratischen Partei

Japans, die Praja-Sozialistische Partei Indiens und die Mapai in Israel. Die erst vier Jahre alte sozialistische Partei Indiens hat sich vor wenigen Wochen mit der Bauern- und Volkspartei (K.M.P.P.) vereint, und zusammen erhielten diese beiden Parteien bei den letzten Wahlen über 17 Millionen Stimmen. Die Pan-Malayische Labour Party beschloß, auf ihrem Gründungskongreß im Juni 1952, den Aufnahmeantrag zu stellen, über den in Mailand voraussichtlich positiv entschieden wird.

Besonders enge Beziehungen bestehen mit den sozialistischen Parteien in Burma und Indonesien, die auf ihren Kongressen die Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale als Grundlage ihrer Arbeit angenommen haben.

Den Parteien der Sozialistischen Internationale stehen 207 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von über 7 Millionen, 138 Wochenzeitungen, mit einer Gesamtauflage von über 2 Millionen, 18 14tägig erscheinende Veröffentlichungen mit einer Auflage von über 300000 und 180 Monatsschriften mit einer Auflage von über 1 Million zur Verfügung.

Zu diesen kommen noch, in einer Reihe von anderen Ländern, eine Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften, die, obwohl organisatorisch und finanziell unabhängig von den sozialistischen Parteien, sie in verschiedenem Maße unterstützen. Dazu gehören 38 Tageszeitungen, mit einer Gesamtauflage von fast 8 Millionen, 16 Wochenzeitungen, mit einer Gesamtauflage von fast 11 Millionen und 11 vierzehntägig oder monatlich erscheinende Zeitschriften, mit einer Gesamtauflage von etwa 170000.

Der Jahresbericht enthält viele weitere interessante Angaben über die Kleinarbeit, die auf den verschiedensten Gebieten gemacht wird und ist ein getreues Spiegelbild sowohl der Stärke wie auch mancher Unzulänglichkeit der angeschlossenen sozialistischen Parteien.

+ + +

"Bildnis eines politischen Menschen"Zu einer Schumacher-Biographie

An einem Oktobertag des Jahres 1945 strömen in Hannover Männer und Frauen auf einem Platz zusammen, den man den Fuhrhof nennt. Die Kulissen bilden die Trümmer zerstörter Fabriken. Nach zwölf Jahren soll hier die erste öffentliche Versammlung einer demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, stattfinden. Es spricht Dr. Kurt Schumacher. Wer ist Schumacher? Gebannt blicken die Zuhörer zu diesem Mann auf. Jeder spürt, daß hier etwas Neues, Ungewohntes auch für die Begriffe der weit zurückliegenden Zeit der Republik aufklingt. Ein junger Reporter macht sich Notizen. Am nächsten Tag wird der Bericht in dem von der britischen Militärregierung herausgegebenen Nachrichtenblatt erscheinen.

"Dieser Mann, Dr. Kurt Schumacher, hatte es in seiner fast zweistündigen Rede verstanden, etwas zu erregen und zu bewegen, was der Reporter dunkel fühlt, aber noch nicht in aller Klarheit zu erkennen vermag. Was hier gesagt wurde, ist nicht einfach Politik, Parteipolitik in der Schablone der Vergangenheit. Hier herrscht die Klarheit der unleugbaren Gegebenheiten, aber es gibt einen Ausblick auf das Morgen. Die niederdrückende Ungewißheit der Existenz verdichtet sich auf den Punkt, an dem das Handeln möglich wird. Deshalb überzeugte dieser Mann auf der Tribüne, dessen ausgezehrt Gesicht so viele Narben zu tragen scheint, als hätte das Verhängnis der Nation hier allein seine Spuren hinterlassen wollen. Dieser Mann mit der imposanten hohen Stirn, dem starken, Willenskraft verratenden Kinn und den großen blauen Augen, der im Feuer seiner Rede erglüht, fesselt nicht nur, er überzeugt. Man fühlt, daß der ganze Mensch dahinter steht".

So berichtet, rückschauend, derselbe Journalist in der ersten geschlossenen Biographie von Kurt Schumacher, die wenige Wochen nach dessen Tode und von ihm noch anerkennend begutachtet, erschienen ist, fast sieben Jahre nach dieser ersten Begegnung: ("Kurt Schumacher - Bildnis eines politischen Menschen" von Fried Wesemann, Herkul-GmbH-Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1952, 260 Seiten).

Es ist das Erstlingswerk eines Journalisten, der zugleich voll grosser Verehrung für den Dargestellten und doch fast unbekümmert die gewiß nicht leichte Aufgabe übernommen hat, ein Bild Kurt Schumachers zu zeichnen. Dieses Bild ist aus häufiger persönlicher Begegnung und langen Gesprächen entstanden. Wesemann hatte vor allem mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich aus dem vollen Aufgehen Schumachers in seiner politischen Aufgabe ergaben. Mit rührenden Geschichten, sogenannten "menschlichen" Erinnerungen und dergestalt ausschmückenden Zügen war nicht viel zu machen. Insofern war der Stoff spröde, so sehr er den politischen Menschen faszinieren wird.

Unter dieser Erschwerung für den Verfasser ist das Buch bemerkenswert anschaulich und lebendig geraten. Das Schwergewicht liegt, wie es nicht anders sein konnte und durfte, auf der politischen Lebensleistung Schumachers und auf der Schilderung der deutschen Situation, in die sich dieser Mann nach 1945 gestellt sah und in der er um die Wiedergeburt eines demokratischen Deutschland rang. Wesemann hat dabei, was seiner Darstellung auch dokumentarischen Wert gibt, Schumacher selbst in ausführlichen Zitaten das Wort gegeben.

So ist neben der Schilderung des kämpferischen Menschen Kurt Schumacher auch ein knapper Abriss der wichtigsten Daten aus der jüngsten deutschen Geschichte entstanden - aus sehr persönlicher Sicht, aber mit dem Vorzug des Selbsterlebten.

-u

+ + +

Im Nachtrag:

I.

Zu den Ausflüchten der BDJ-Führung erklärte der SPD-Presseschef Heine, daß der BDJ im vergangenen Jahr wiederholt vergeblich versucht habe, in Vorsprachen beim SPD-Vorstand eine Änderung der Haltung dieser Partei gegenüber dem BDJ zu erwirken: Der SPD-Vorstand hatte bereits in einer Sitzung vom 20.1.51 beschlossen, die Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im BDJ zu erklären, da die SPD schon zu diesem Zeitpunkt den antidemokratischen Charakter dieser Gruppe erkannt hatte.

Die Vorsprachen der BDJ-Führer hatten keinerlei entlastende Momente. Der SPD-Vorstand sah sich deshalb nicht in der Lage, von seinem gegen den BDJ gerichteten Beschluß abzugehen. Die Enthüllungen über den terroristischen Charakter der BDJ-Hilfstruppen hat die Richtigkeit dieser sozialdemokratischen Entscheidung in der deutlichsten Weise bestätigt. Der BDJ ist ein korrupter volksfeindlicher Haufen und eine Schädigung des deutschen Ansehens.

+ + +

- 7 -

10. Oktober 1952

II.

Das Zentralsekretariat der Jungsozialisten teilt mit:

Zu den sensationellen Enthüllungen des hessischen Ministerpräsidenten Zinn über die Aushebung der geheimen Partisanenorganisation des "Bund Deutscher Jugend" (BDJ) nehmen die Jungsozialisten Deutschlands in einer Erklärung wie folgt Stellung:

"Die Aufdeckung des "Technischen Dienstes" und "Abwehrdienstes" des BDJ, die als bewaffnete antidemokratische Terrorgruppen, mit amerikanischen Geldern finanziert, die "Liquidierung" politischer Persönlichkeiten vor allem der SPD planten, bestätigen in vollem Umfange die seit längerer Zeit wiederholt geäußerten Befürchtungen der deutschen Jungsozialisten über die zwielichtige Tätigkeit des BDJ. Seit Jahren haben die Jungsozialisten in Kommunikés und Presseerklärungen die deutsche Öffentlichkeit ebenso wie die staatlichen Stellen vor dem BDJ, seinem undemokratischen Organisationsaufbau und den reichlichen, aber undurchsichtigen Finanzquellen gewarnt. In dieser Beurteilung des BDJ als antidemokratische Organisation ohne Jugend waren sich die Jungsozialisten einig mit allen anderen Jugendorganisationen des "Ring Politischer Jugend" und des Bundesjugendringes. Die Warnungen der demokratischen Jugendverbände wurden indessen von den zuständigen Stellen der Bundesregierung hartnäckig überhört. Man ist im Gegenteil zu der Feststellung berechtigt, daß die Bundesregierung und Kreise der Regierungskoalition an der Entwicklung des BDJ nicht von Schuld freizusprechen sind.

In einem Rundbrief wies der BDJ offen auf die guten Beziehungen zum Bundesinnenministerium hin. Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen verlautete in einem Schreiben an den BDJ, daß "der BDJ sich mit größter Aktivität im Kampf gegen radikale politische Richtungen einsetzt" und damit "einer rechtsstaatlichen Ordnung entsprechend dem Grundgesetz dient und förderungswürdig ist". Noch zu Pfingsten 1952 haben die Bundestagsabgeordneten Euler (FDP) und Kiesinger (CDU) auf einem BDJ-Treffen in Frankfurt gesprochen und diese Organisation gegen das Kundgebungsverbot der Polizei in Schutz genommen. Bezeichnend ist, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer kürzlich zehn uniformierte BDJ-Führer als Anerkennung nach Bonn eingeladen und empfangen hat. Nicht uninteressant ist ferner die Meldung des "Pfälzischen Industrie- und Handelsblattes" vom 1.2.1952, wonach sich der Deutsche Industrie- und Handelstag für eine Förderung des BDJ ausgesprochen habe.

Demgegenüber hatte der Parteivorstand der SPD bereits am 20.1.51 den BDJ als nichtdemokratisch bezeichnet und die Tätigkeit in diesem Bund als nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD erklärt. Die Jungsozialisten Deutschlands bedauern außerordentlich, daß amerikanische Stellen und maßgebliche deutsche Wirtschaftskreise die staatsgefährdende Untergrundtätigkeit des BDJ finanziell unterstützt und gefördert haben. Sie sind der Auffassung, daß solche politischen Fehlinvestitionen den Aufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland schwerstens gefährden und weder im Interesse des deutschen noch des amerikanischen Volkes liegen können. Die Jungsozialisten erwarten die schärfste Bestrafung der für die Terror- und Agentenvorbereitungen verantwortlichen BDJ-Führer und fordern die sofortige Unterbindung der antidemokratischen Tätigkeit des BDJ in allen Ländern der Bundesrepublik".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau